ZfSÖ

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

O N L I N E

REZENSION | ONLINE 27.07.2025

Thomas Piketty & Michael Sandel

Die Kämpfe der Zukunft – Gleichheit und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert

München: Beck Verlag, 2025. 158 Seiten.

62. Jahrgang 2025

Herausgeber + Copyright: Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung
in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Kontakt: Dr. Max Danzmann — verantwortlich —

Duisburger Str. 2a, 10707 Berlin | Telefon: 0171-5096004 [AB]

E-Mail: mdanzmann@hotmail.com

Text/Bildbearbeitung: Vlado Plaga

Thomas Piketty ist Professor für Ökonomie in Paris. Berühmt geworden ist er durch seine Bücher „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ (2014), „Ökonomie der Ungleichheit“ (2016), „Kapital und Ideologie“ (2020), „Der Sozialismus der Zukunft“ (2021) und „Eine kurze Geschichte der Gleichheit“ (2020).

Michael Sandel ist Professor für Politologie und Regierungslehre an der Harvard University und einer der einflussreichsten politischen Philosophen der Gegenwart. Sandel gehört neben Amitai Etzioni zu den Mitbegründern der kommunitaristischen Gedankenströmung, die sich seit den 1970er Jahren als Gegenpol zur neoliberalen Betonung der individuellen Freiheitsrechte verstand und die größere Bedeutung von sprachlichen, religiösen und kulturellen Werten für den gesellschaftlichen Zusammenhalt hervorhob. Auf Deutsch erschienen seine Bücher „Was man für Geld nicht kaufen kann – die moralischen Grenzen des Marktes“ (2012), „Vom Ende des Gemeinwohls - Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt“ (2020) und „Das Unbehagen in der Demokratie“ (2023).

Beide Autoren sind gleichsam Schwergewichte in den internationalen Debatten über unsere Zukunft. Bei dem vorliegenden Buch über die „Kämpfe der Zukunft“ handelt es sich um die schriftliche Fassung eines Gesprächs zwischen Piketty und Sandel, das vor ein oder zwei Jahren in der „Paris School of Economics“ als „Gipfeltreffen der Superstars“ – so nennt sie der Beck Verlag im Klappentext zu diesem Buch – stattgefunden hat. Es ging um insgesamt neun Themenbereiche, die Piketty & Sandel in ihren Büchern ausführlicher behandelt haben:

1. Weshalb muss uns Ungleichheit Sorgen machen?
2. Sollte Geld weniger wichtig sein?
3. Die moralischen Grenzen des Marktes
4. Globalisierung und Populismus
5. Meritokratie
6. Lotterien: Sollten sie bei der Hochschulzulassung und der Bestellung von Abgeordneten eine Rolle spielen?
7. Besteuerung, Solidarität, Gemeinschaft
8. Grenzen, Migration, Klimawandel
9. Die Zukunft der Linken: Identität und Wirtschaft

Besonders der Untertitel „Gleichheit und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert“ weckt Interesse an Pikettys & Sandels Vorstellungen über die Zukunft der Wirtschaft. Im Folgenden werden sie dargestellt, wobei kritische Anmerkungen aus der Perspektive der Denkansätze einer Geld- und Bodenreform dazu anregen sollen, über die Vorstellungen von Piketty & Sandel noch hinauszudenken.

1 Weshalb muss uns Ungleichheit Sorgen bereiten?

Der vom Buchtitel zu erwartende kritische Blick auf die Ungleichheit und vor allem der Untertitel können hohe Erwartungen wecken; jedoch werden sie nur teilweise erfüllt.

Gleich zu Beginn nimmt Sandel auf einige von Piketty vorgelegte Zahlen Bezug: *„In Europa gehören den reichsten 10 % der Bevölkerung mehr als ein Drittel der Einkommen und mehr als die Hälfte der Vermögen. Und in den USA ist diese Ungleichheit noch größer.“* (S. 9) Das ist allgemein bekannt. Überraschenderweise ist Piketty ob dieser Ungleichheit aber gar nicht so besorgt, wie die Überschrift des ersten Kapitels erwarten lässt. Vielmehr äußert er sich wie schon in seinem Buch *„Kurze Geschichte der Gleichheit“* im Hinblick auf die längerfristige Entwicklung der Ungleichheit geradezu *„optimistisch“*: *„Langfristig hat es eine Tendenz zu mehr Gleichheit gegeben.“* Das gelte sogar im globalen Maßstab: *„Wir sprechen oft über die mit den 1980er Jahren anbrechende neoliberale Ära als Ära wachsender Ungleichheit. In manchen Hinsichten trifft dies auch zu. Aber in anderen Ungleichheitsdimensionen, etwa der Geschlechter- und Rassenungleichheit, zum Teil auch der Ungleichheit zwischen Nord und Süd, hat die langfristige Tendenz zu mehr Gleichheit sich behauptet.“* Vor 100 Jahren sei es schlimmer und vor 200 Jahren noch schlimmer gewesen. *„Es hat den langfristigen Fortschritt also gegeben. ... Wir haben uns also langfristig auf mehr Gleichheit zubewegt.“* (10-12 und 15)

Es trifft zu, dass das Wohlstandsniveau langfristig und nochmals während der neoliberalen Ära weltweit insgesamt gestiegen ist; aber die innere Zerklüftung der Gesellschaften und der ganzen Menschheit in Reiche, Mittlere und Arme hat gleichzeitig zugenommen. Das streiten auch Piketty & Sandel nicht völlig ab. Sie gestehen zu, dass *„hinter diesem Wohlstand eine manchmal höchst brutale Ausbeutung natürlicher und menschlicher Ressourcen steckt“*. Sie sehen auch, dass die soziale Ungleichheit die *„Grundfesten unserer Ideale von Demokratie und Selbstverwaltung bedroht“*. (14-16) Deshalb erwägen Piketty & Sandel in Übereinstimmung mit dem Kommunitarismus, ob sich *„politische Mitsprache und Teilhabe von den Effekten der Einkommens- und Ver-*

mögensungleichheit ablösen“ lassen könnte – vor allem durch mehr Bildung und durch noch mehr steuerliche Umverteilung (13-17).

2 Sollte Geld weniger wichtig sein?

Diese beiden Ziele Bildung und Umverteilung stehen im Mittelpunkt von Pikettys & Sandels „sozialdemokratischem Projekt“, mit dem sie die bestehende kapitalistische Marktwirtschaft bändigen wollen, ohne ihre problematischen Grundstrukturen wirklich in Frage zu stellen. Mit „*progressiveren Steuern, einem stärkeren Ausbau des Wohlfahrtsstaates und Erbschaftssteuern*“ wollen sie die während der neoliberalen Ära arg lädierte Sozialdemokratie erneuern und in Erinnerung an ihre lange Tradition eine „*handfestere Version*“ der Sozialdemokratie schaffen (21).

Bei der von Piketty & Sandel angestrebten „*Neubestimmung des sozialdemokratischen Projekts*“ geht es hauptsächlich um mehr Umverteilung und um etwas, was sie als „*eine schrittweise Dekommodifizierung, eine Entmarktung der Wirtschaft und des sozialen Lebens*“ bezeichnen (22). Gemeint ist damit die zweifelsohne sympathische Vorstellung, die während der neoliberalen Ära in die marktförmige Privatwirtschaft überführten Teile der Lebensbereiche Bildung und Kultur, Gesundheit und öffentliche Infrastruktur „*der Macht des Gewinnstrebens wieder zu entziehen*“ und sie wieder zu öffentlichen Gütern zu machen. Auf diesem Weg werde nach und nach die Verwirklichung eines „*partizipativen und demokratischen Sozialismus*“ (25-27) erreichbar sein.

Zwar wollen Piketty & Sandel die kapitalistische Marktwirtschaft durch mehr Umverteilung und Dekommodifizierung zähmen; aber darüber hinaus tasten sie die tiefer im Geld- und Finanzwesen wurzelnden Grundstrukturen der kapitalistischen Marktwirtschaft gar nicht an. Die durch diese Grundstrukturen geschaffene soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit geht weit über die von Piketty & Sandel eingeräumte „manchmal höchst brutale Ausbeutung natürlicher, also auch menschlicher Ressourcen“ (16) hinaus.

Abgesehen davon, dass sie die in der Überschrift von Kapitel 2 gestellte Frage, ob Geld „*weniger wichtig*“ sein sollte, in diesem Kapitel gar nicht beantworten, ist diese Frage auch falsch gestellt. Es geht nämlich nicht (nur) um die Frage, ob das Geld „*weniger wichtig*“ werden soll – was könnte denn überhaupt „*weniger wichtig*“ bedeuten? –, sondern viel mehr um die Frage nach den ökonomischen Triebkräften, die während der Ära des Neoliberalismus zu einem Übergang vom rheinischen zum angelsächsischen Kapitalismus geführt haben, also zu einer gesteigerten Durchökonomisierung

der Privatwirtschaft (Stichworte: Unternehmenskonzentration und shareholder value) und zu einer Einverleibung der bis dahin öffentlichen Güter in die deregulierte und zunehmend stärker liberalisierte Privatwirtschaft. Piketty & Sandel ziehen leider nicht in Erwägung, dass der zunehmende ökonomische Druck auf den Wohlfahrtsstaat und die öffentlichen Güter auf dem Bestreben eines strukturell mächtigen Geldes und der internationalen Finanzmärkte beruhen könnte, Einkommen und Vermögen immer weiter zu akkumulieren und zu konzentrieren und für diese wachsenden Geldvermögen nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch im bis dahin öffentlichen Sektor rentable Anlagemöglichkeiten und neue Wachstumsfelder zu erschließen. Diese tiefer liegenden Grundstrukturen der kapitalistischen Marktwirtschaft stehen der Gleichheit und Gerechtigkeit fundamental entgegen. Deshalb ist es bedauerlich, dass Piketty & Sandel gar nicht thematisieren, dass ihr neu aufgelegtes sozialdemokratisches Projekt innerhalb fortbestehender Grundstrukturen der vom Geld und von den Finanzmärkten bestimmten kapitalistischen Marktwirtschaft auf einem Kollisionskurs mit dem obersten Gebot der rentablen Kapitalverwertung bleibt.

3 Die moralischen Grenzen des Marktes

Piketty & Sandel sehen also darüber hinweg, dass es bei ihrem Projekt darum gehen müsste, auch systemstrukturelle Hürden aus dem Weg zu räumen, die ihren Zielen von mehr Umverteilung und Dekommodifizierung der Wirtschaft entgegenstehen. Und sie rühren, nebenbei bemerkt, auch nicht an der monopolkapitalistischen Beherrschung der Märkte durch große Unternehmen, die dank der Akkumulation und Konzentration von Geld-, Boden- und Realkapital über eine enorme Marktmacht verfügen. Piketty & Sandel unterscheiden leider nicht wie schon der antike Philosoph Aristoteles zwischen einer ‚einfachen‘ Bedarfsdeckungswirtschaft, in der das Geld lediglich als Tausch- und Kreditmittel dient, und einer kapitalistischen Wirtschaft, in der es primär darum geht, aus Geld mehr Geld zu machen. Und dementsprechend unterscheiden sie auch nicht zwischen der real existierenden monopolkapitalistischen Geldvermehrungswirtschaft mit marktbeherrschenden Großunternehmen und dem idealtypischen Modell einer Marktwirtschaft mit vielen dezentralisierten kleineren und mittleren Unternehmen, die miteinander in einem herrschaftsfreien Wettbewerb stehen und auch kooperieren können. Ohne eine solche Differenzierung zwischen der monopolkapitalistisch pervertierten Marktwirtschaft und der zumindest denkmöglichen Idee einer vor- und/oder nachkapitalistischen Marktwirtschaft hoffen Piketty & Sandel nur ganz pauschal darauf, „*das soziale Leben stärker von der Marktlogik abkoppeln*“ zu können (35). Und schließlich wundern sie sich darüber, dass sie im Falle

einer „Entmarkung“ (37) von Gütern und insbesondere von privatisierten, eigentlich öffentlichen Gütern unversehens vor der Notwendigkeit stehen, „darüber nachzudenken und zu debattieren, wie wir (dem Markt wieder entzogene) Güter richtig bewerten“ (41). Auf diese Schwierigkeit gehen Piketty & Sandel aber nicht näher ein.

Damit soll nicht gesagt sein, dass die real existierenden Marktpreise den Wert der Waren und der privatisierten öffentlichen Güter richtig zum Ausdruck bringen. In der kapitalistischen Geldwirtschaft sind die Marktpreise doppelt verfälscht, weil einerseits neben der unterbewerteten menschlichen Arbeit leistungslose Privilegieneinkommen wie Zinsen, Dividenden, Monopolrenten, Boden- und Ressourcenrenten usw. als Kostenfaktoren in alle Preise mit einkalkuliert werden und weil andererseits große Teile der Kosten des Naturverbrauchs in den Preiskalkulationen fehlen. Letzteres wäre als „*moralische Grenze*“ des kapitalistischen Marktes – nicht des Marktes an sich! – zu diskutieren, was Piketty & Sandel aber leider unterlassen. Sehr betrüblich ist in diesem Zusammenhang, dass Piketty zwar die Unzulänglichkeit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung anspricht, dass er aber die große Rolle der leistungslosen Boden- und Ressourcenrenten überhaupt nicht im Blick hat.

Um es noch einmal klarzustellen: Nicht der Warencharakter von Gütern ist das Hauptproblem, denn unabhängig von verschiedenen Wirtschaftssystemen gehört es zum Charakter von jeglichem arbeitsteiligen Produzieren, dass die Produkte anschließend als Waren auf Märkten ihre Wege zu den Konsument*innen finden müssen – entweder dezentral-selbsttätig durch Marktpreissignale oder durch bürokratische Zuweisungen. Problematisch ist dagegen die strukturelle Macht des kapitalistischen Geldes und der kapitalistischen Finanzmärkte, die Realwirtschaft zu dominieren, die Warenproduktion zum Instrument ihrer Geldvermehrungsmaschinerie zu machen und auch solche Güter in die kapitalistische Warenproduktion hineinzuziehen, die sich wie Gesundheit und Bildung, Wissen, Kultur und Infrastruktur sowie die natürlichen Lebensgrundlagen des Bodens, der Ressourcen und der Atmosphäre dafür gar nicht eignen. Befreit werden müssten also die öffentlichen Güter und übrigens auch die privaten marktfähigen Güter nicht von Warencharakter und „*Marktlogik*“ als solcher, sondern von deren Perversion durch die kapitalistische Geld- und Finanzlogik mit ihrer Fixierung auf die Erzielung maximaler Renditen des konzentrierten und immer noch weiter wachsenden Geld- und Realkapitals.

4 Globalisierung und Populismus

Im vierten Kapitel des Gesprächs zwischen Piketty & Sandel geht es um die „Hyperglobalisierung“ der Wirtschaft in der Ära des Neoliberalismus (51). Auch hier wäre es angebracht gewesen, zwischen einer vom kapitalistischen Geld- und Finanzsystem angetriebenen „Hyperglobalisierung“ und der Idee eines nachkapitalistisch-marktwirtschaftlichen offenen Welthandels zu unterscheiden, der mit einem strukturell reformierten Geld und einer Weltwährungsordnung gemäß Keynes' Bancor-Plan sowie mit einer globalen Ressourcenverwaltung letztlich ohne Monopole und ohne Protektionismus betrieben werden könnte. Unabhängig von diesen Vorbehalten gegen Pikettys & Sandels undifferenzierten Umgang mit Arbeitsteilung, Warenproduktion, Geld und Märkten bietet das vierte Kapitel über die „exzessive Globalisierung“ (52) des Turbokapitalismus und die populistischen Gegenbewegungen bemerkenswerte Einsichten in das Wechselspiel von Globalisierung und Populismus.

Im Hinblick auf die USA erinnern Piketty & Sandel daran, dass zwei demokratische Präsidenten bzw. Administrationen in ihren jeweils achtjährigen Amtszeiten die von dem Republikaner Ronald Reagan „in den 1980ern vollzogene neoliberale Wende abgesegnet haben“: Bill Clinton von 1992 bis 2000 und Barack Obama von 2008 bis 2016 (53). Die Clinton-Administration sei maßgeblich verantwortlich für die immer weiter gehende Deregulierung der internationalen Finanzmärkte gewesen und Obama habe die Großbanken an der New Yorker Wall Street nach der großen Finanzkrise von 2008 auf Kosten der Steuerzahler mit Milliardensummen gerettet. Damit habe Obama die „Hoffnungen auf das Wiedererstarken einer progressiven oder sozialdemokratischen Politik zunichte“ gemacht (59). Wenn man die Mobilität von Kapital und Arbeit so stark entfessele, bekomme man es früher oder später unausweichlich mit Gegenbewegungen von weiter links (Bernie Sanders und „Occupy Wall Street“) und rechts (Tea-Party-Bewegung) zu tun – im schlimmsten Fall mit „nativistischen und nationalistischen Alternativen“ (54-55). „Und so haben in gewisser Weise die progressiven Mainstream-Politiker links der Mitte den Grundstein für den auf sie folgenden Rechtspopulismus, im Fall der USA also für Trump gelegt.“ (59) Demgegenüber sympathisieren Piketty & Sandel eindeutig mit Bernie Sanders, mit noch mehr Umverteilung durch eine progressive Besteuerung als zu Zeiten von Roosevelts New Deal, mit einer „Entmarktung“ des Bildungs- und Gesundheitswesens und schließlich mit größeren Mitbestimmungsrechten von Arbeitnehmer*innen in Großunternehmen (63).

5 Meritokratie

Statt die im Geld- und Finanzsystem wurzelnden Grundstrukturen der kapitalistischen Marktwirtschaft ändern und die kapitalistische Marktwirtschaft in eine „*Marktwirtschaft ohne Kapitalismus*“ transformieren zu wollen, bleiben Piketty & Sandel im weiteren Verlauf ihres Gesprächs ganz bei ihrem neo-sozialdemokratischen Projekt, die kapitalistische Marktwirtschaft gleichsam nur äußerlich durch mehr Umverteilung und „*Entmarktung*“ der öffentlichen Güter zu modifizieren.

In Anknüpfung an Sandels Buch „*Vom Ende des Gemeinwohls – Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt*“ bringt Piketty das Gespräch auf die real existierende „*Meritokratie*“ und die sie stützende neoliberale „*Quasi-Religion oder Ideologie des Verdienstes oder der Leistung*“. Gemeint ist damit die ideologische Behauptung, dass die in kapitalistischen Marktwirtschaften an die Spitzen von Wirtschaft und Politik gelangten Menschen diese Positionen dank ihrer Leistungen erreicht haben. „*Diese Art Erfolgsdenken verdankt sich einem scheinbar verlockenden Ideal: So die Chancen gleich sind, sagt das meritokratische Prinzip, haben die Gewinner ihre Gewinne verdient.*“ (72) Tatsächlich gebe es aber keine Chancengleichheit und nicht jeder könne aus eigener Kraft vom Tellerwäscher zum Millionär werden. Die Gewinner hätten ihre Positionen nicht nur durch Leistungen, sondern auch durch Privilegien erreicht, welche „*das Gemeinwohl zersetzen*“. Statt die der kapitalistischen Marktwirtschaft innewohnenden Privilegien detaillierter in den Blick zu nehmen, wenden sich Piketty & Sandel aber nur den privaten Bildungseinrichtungen zu. Besonders das Beispiel der Harvard-Universität zeige, dass „*Kinder ehemaliger Absolventen bevorzugt*“ werden, ebenso wie Kinder von reichen Spendern (77). Um Bildungschancen gleichmäßiger zu verteilen, sollten Studienplätze in Zukunft durch Lotterien vergeben werden, bei denen ein Teil der Kugeln für Kinder aus einkommensschwächeren und rassistisch diskriminierten Familien reserviert werden.

6 Lotterien: Sollten sie bei der Hochschulzulassung und der Bestellung von Abgeordneten eine Rolle spielen?

Sandel zufolge würden Elite-Universitäten wie Harvard und Stanford von jährlich rund 60.000 Bewerber*innen nur weniger als 2.000 aufnehmen und diese weniger als 2.000 Studienplätze sollten durch Lotterien vergeben werden. „*Es wäre ein erster Versuch, die Selbstüberhebung der Gewinner ebenso zu dämpfen wie das Gefühl der Niederlage und die Demoralisierung der Verlierer.*“ (84) Das trifft zweifellos zu, bewirkt aber inmitten

der fortbestehenden falschen kapitalistischen Strukturen der Ungleichheit ‚nur‘, dass der Zugang zu privat bleibenden Elite-Universitäten nicht mehr nur durch Verdienst und Privileg möglich würde, sondern auch durch Glück.

Dessen ungeachtet schlägt Sandel den Einsatz von Lotterien auch *„auf anderen Gebieten“* vor, *„etwa für eine Reform der repräsentativen oder parlamentarischen Regierungsform, insbesondere in Ländern mit zwei Kammern“*. Die eine Kammer könnte weiterhin aus gewählten Abgeordneten bestehen und die andere Kammer aus Bürger*innen, *„die durch Losentscheid ermittelt würden. Das geht auf eine Idee aus der griechischen Demokratie zurück. ... Geschworene werden gleichfalls durch das Los berufen.“* (84-85)

Piketty findet das *„sehr interessant“*, fragt aber, *„ob es nicht noch bessere Lösungen als Lotterien gibt“* (86). Das weitere Gespräch zwischen ihm und Sandel dreht sich um Vor- und Nachteile von Lotterien im Bildungsbereich und in der Politik.

7 Besteuerung, Solidarität, Gemeinschaft

Nach diesem Ausflug in die Meritokratie und die Idee, sie allmählich durch Lotterien auflockern zu können, kehrt Piketty zu seiner These zurück, dass die Gesellschaft in Zukunft größere Teile ihres Bruttoinlandsprodukts für Bildung, Gesundheit und Infrastruktur wird ausgeben müssen. Und damit begründet er seine Forderung nach einer *„Rückkehr zu einer hoch progressiven Besteuerung von Einkommen wie Vermögen“* als Weg zu einem *„gerechteren Steuersystem“*, das *„das Einkommensgefälle massiv abbaut“* (102-103).

Angesichts der Größe dieses Ziels erinnert Piketty an fortschrittliche und konservative Gerechtigkeitstheorien von Rawls einerseits und Hayek, Nozick und Friedman andererseits und wendet sich dann mit der Frage an Sandel, ob die Ökonomie *„die Hilfe von Philosophen wie Ihnen“* bräuchte, *„um diesen intellektuellen Kampf zu gewinnen“* (107). Sandel sieht hierin eine wahrlich *„große Herausforderung“*, nicht nur für ihn selbst, sondern für die gesamte Philosophie. Voraussetzung dafür sei es, *„einen starken Gemeinsinn zu wecken“*, denn daran habe es auch in stärker sozialdemokratisch geprägten Zeiten gefehlt, obwohl darin besonders viel von Solidarität geredet worden sei. *„Wie lässt sich Gemeinschaftlichkeit pflegen“*, die das *„getrennte Leben“* von Reichen und Armen wieder zusammenbringt und die gleiche Würde aller Menschen respektiert? *„Wir müssen öffentliche Orte und gemeinsame Räume dafür schaffen, die Leute aus unterschiedlichen Lebensbereichen und Gesellschaftsschichten zusammenbringen und den Sinn für wechselseitige Verantwortung und geteilte Zugehörigkeit wecken.“* (108-109)

Darin liegt sicherlich etwas Richtiges, aber dennoch ist es bei aller Notwendigkeit noch nicht hinreichend. Um mehr Gemeinsinn und Solidarität entstehen zu lassen, bräuchte es anstelle von netten Halbheiten ein nicht mehr kapitalistisches Geld- und Finanzwesen, das die Gesellschaft nur noch zu einer sozialen Gemeinschaft verbindet, statt sie gleichzeitig zu verbinden und zu spalten. Wie alle bisherigen fort- und rückschrittlichen Gerechtigkeitstheoretiker*innen glauben allerdings auch Sandel & Piketty, innerhalb von fortbestehenden kapitalistischen Strukturen von Wirtschaft und Politik Gerechtigkeit allein durch mehr oder weniger staatliche Umverteilung erreichen zu können. Eine sekundäre Umverteilung kann die ungerechte Primärverteilung aber nur sehr unvollkommen korrigieren. Statt nur eine hochkomplexe und letztlich immer noch sehr unvollkommen bleibende Umverteilung anzustreben, sollten Ökonomie und Philosophie es sich zur gemeinsamen Aufgabe machen, was bislang alle Gerechtigkeitstheorien versäumt haben – nämlich als Allererstes zu überlegen, wie zukünftig kein Mensch mehr durch strukturelle Privilegien zu Einkommen und Vermögen gelangen kann, wie wir also mit anderen Worten dahin kommen könnten, dass alle Menschen ausschließlich durch Arbeit (und im Falle von krankheits- und altersbedingter Arbeitsunfähigkeit durch solidarischgemeinschaftliche Unterhaltsleistungen) zu Einkommen und Vermögen gelangen können. Während einer Übergangszeit von der kapitalistischen Marktwirtschaft zu einer „*Marktwirtschaft ohne Kapitalismus*“ werden auch Maßnahmen zur Umverteilung vonnöten sein, um die vom Zeitalter des Kapitalismus ‚geerbte‘ Ungleichheit schrittweise einzuebnen; aber letztlich müsste es darum gehen, durch Reformen des Geld- und Finanzsystems, der Boden- und Ressourcenordnung, der Unternehmensverfassung, des Steuerrechts usw. sämtliche Privilegien zu beseitigen, die zur Ungerechtigkeit der Primärverteilung führen, und dafür zu sorgen, dass Einkommen und Vermögen von vornherein gerecht im Sinne von leistungsgerecht verteilt werden.

8 Grenzen, Migration, Klimawandel

Schließlich lenkt Sandel den Blick auf die „*transnationale Dimension von Gleichheit und Ungleichheit*“. Allerdings denkt er dabei nicht an die Möglichkeiten des Kapitals, aus Ländern mit höheren Steuern in Länder mit niedrigen Sozial- und Umweltstandards oder in Steueroasen zu flüchten. Vielmehr geht es ihm um die Frage, wie „*Formen der Verbundenheit und Zugehörigkeit jenseits des Nationalstaats und föderale, transnationale Formen der Umverteilung*“ gefunden werden könnten. Piketty bekennt sich in diesem Zusammenhang zum Ziel eines „*demokratischen, föderalen, internationalistischen Sozialismus*. ... *Was ich gern hätte, ist so etwas wie die Vereinigten Staaten der*

Welt mit progressiver Besteuerung". Allerdings ist er sich bewusst, dass dies ein weit in der Zukunft liegendes Fernziel ist und dass zunächst schon viel mit einer „globalen Mindeststeuer für multinationale Unternehmen oder Milliardäre“ gewonnen wäre (115).

Umso tragischer findet Piketty es, dass 1. sowohl in den USA als auch in Europa „die Mitte-Links-Regierungen in den letzten Jahrzehnten einer weit über das Ziel hinausschießenden Religion des gänzlich unregulierten Freihandels gehuldigt haben“ (116-117) und dass es 2. schließlich als Alternative zu einer demokratischen Präsidentin Hillary Clinton „eine republikanische Regierung unter Trump brauchte“ (118), um Sand in das Getriebe der Globalisierungsorgie einschließlich des Beitritts von China zur WTO zu werfen. Gegenwärtig sieht Piketty die Welt in einer doppelten Gefahrenlage: zum einen „ist es eine sehr reale Gefahr, dass die sog. ‚Progressiven‘ ... mehr und mehr zu Anwälten der Globalisierungsgewinner verkommen“, die sich jeglichen Beitrags zur sozialen Gemeinschaft entziehen. Und zum anderen bestehe die Gefahr, dass den migrationsfeindlichen „Nativisten und denen, die auf Identität fixiert sind, das Feld überlassen“ wird. „Das wird dann hässlich werden.“ (122)

Angesichts dieser komplexen weltweiten Gefahrenlage plädiert Piketty für eine Doppelstrategie:

- zum einen für „unilaterale Vorstöße“, also für nationalstaatliche „Kontrollen der Kapital- und Handelsströme“ (auch durch Zollschränken?)
- und zum anderen für „internationale Kooperationen“ zumindest auf der OECD- oder noch besser auf der Ebene der UN, weil die OECD nur ein „Club reicher Länder“ ist.

Beispielsweise denkt Piketty an eine „europaweite CO₂-Steuer und Vermögenssteuer“. Und auf der UN-Ebene könnte es um die Einführung einer globalen Mindeststeuer von 15 % und um die Abdichtung von Schlupflöchern gehen. Im Interesse eines Nord-Süd-Ausgleichs sollten die globalen Einnahmen aus dieser Steuer ihm zufolge zum größten Teil in den globalen Süden fließen (122-127).

Sandel erweitert diese Perspektive noch um die Frage, ob die Einführung von weltweit handelbaren Emissionszertifikaten ein geeignetes Mittel zur Abbremsung der Erderwärmung sein könnte. Dagegen wendet Piketty ein, dass das eine „Ausflucht der USA“ sei, „um ihre CO₂-Emissionen nicht reduzieren zu müssen“. Ein Handel mit Emissionszertifikaten könnte nämlich dazu benutzt werden, „fragliche Ziele nicht nur durch Senkung eigener Emissionen, sondern auch dadurch zu erreichen, dass sie andere Länder für die Senkung ihrer Emissionen bezahlen“. Im Handel mit Emissionszertifikaten

könnte man also auch so etwas wie einen modernen Ablasshandel sehen. Aufgrund ihres unvergleichlich hohen CO_2 -Fußabdrucks müssten die USA und Europa ihre Verpflichtung anerkennen, auch ihre eigenen CO_2 -Emissionen „massiv zu reduzieren“ (127-129). Um die Bekämpfung des Klimawandels und die Transformation in eine nachhaltige Weltwirtschaft finanzieren zu können, gibt es nach Ansicht von Piketty nur den einen Weg, „Milliardäre und große multinationale Unternehmen zur Kasse zu bitten, ob sie nun in den USA, in China oder in Europa sitzen“. Insbesondere stellt er sich „Mindeststeuer-Einnahmen für Subsahara-Afrika und Südasien (vor), um in grüne Energie, Solarenergie, Schulen und Krankenhäuser investieren zu können“ (131-133).

9 Die Zukunft der Linken: Identität und Wirtschaft

Auf den ersten Blick wirkt Pikettys „*Perspektive eines demokratischen, föderalistischen, internationalistischen Sozialismus*“ (134) durchaus sympathisch und verheißungsvoll. Jedoch können bei näherem Hinsehen unerwartete Komplikationen zum Vorschein kommen. Zwischen nationalen Wirtschaftspolitiken, die den freien und offenen Welthandel einschränken, und einer internationalen Zusammenarbeit zwischen denselben sich voneinander abgrenzenden Ländern könnte sich ein Spannungsverhältnis ergeben. Es könnte sich noch dadurch verschärfen, dass die in sich widersprüchlichen Grundstrukturen der kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft sowohl auf den nationalen als auch auf den internationalen Ebenen in ihrem lediglich vordergründig modifizierten tieferen Kern fortbestehen.

- Auf beiden Ebenen wären zusätzlich zu den Widerständen von Seiten von Interessengruppen praktische Schwierigkeiten zu erwarten – auf nationaler Ebene zum Beispiel die hochkomplexen Probleme einer angemessenen Bewertung der zu steuernden Vermögenswerte. Außerdem würden nationale Wirtschaftspolitiken im Falle einer Beschränkung des freien und offenen Handels dirigistische Züge annehmen. Auch eine wünschenswerte Dekommodifizierung der privatisierten öffentlichen Güter dürfte nicht so einfach sein, wie es auf den ersten Blick erscheinen könnte. Abgesehen davon, dass der Staat in der Lage sein müsste, eine Rückholung zum Beispiel von Kliniken oder Sozialwohnungen in seine öffentlichen Hände zu finanzieren, gehören sie seit ihrer Privatisierung Konzernen und Finanzinvestoren, die gar nicht bereit sind, ihre Kliniken oder Sozialwohnungen wieder an den Staat zu verkaufen. Und auf internationaler Ebene würden die den Nord-Süd-Gegensatz verfestigenden Strukturen und Institutionen fortbestehen. Das alles sollte nicht als Ablehnung von Pikettys Vorstellungen missverstanden werden, aber ihre Verwirklichung wäre kein einfacher Selbstläufer – wegen der angedeuteten Komplikationen und nicht zuletzt auch,

weil es ‚nur‘ um den Versuch ginge, der auch weiterhin mit Renditenmaximierung, Ungleichheit und Ungerechtigkeit einhergehenden und auf Wachstum angelegten kapitalistischen Marktwirtschaft auf ihren nationalen und internationalen Ebenen gleichsam von außen Daumenschrauben anzulegen. Zusätzlich müsste ihre im Geld- und Finanzsystem wurzelnde innere Dynamik ausgeschaltet werden, d.h. wie im Märchen vom süßen Brei müsste das ‚Zauberwort‘ gefunden werden, mit dem es gelingen könnte, die kapitalistische Flamme der Renditemaximierung unter dem Kessel der Marktwirtschaft zu löschen.

Auch für Linke sollte es in Zukunft als Ergänzung zu den Vorstellungen von Piketty & Sandel dazu gehören, auch noch in die Richtung einer Transformation der kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft in eine „*Marktwirtschaft ohne Kapitalismus*“ weiterzudenken. Das könnte darauf hinauslaufen, dass

- a) die nationalen Geld- und Finanzsysteme strukturell so reformiert und entkapitalisiert (aber nicht völlig „entmarktet“) werden, dass auf der nationalen bzw. europäischen Ebene die Arbeitsteilung, ein entmachtetes Geld- und Finanzsystem sowie eine in vielen kleinen und mittleren Unternehmen stattfindende Warenproduktion tatsächlich den Menschen und nicht mehr dem Götzen Renditemaximierung dienen und dass
- b) auf der internationalen Ebene das von Piketty & Sandel nicht problematisierte Institutionengefüge von Weltbank, IWF und GATT/WTO im Sinne des Bancor-Plans von John Maynard Keynes so reformiert wird, dass es die internationalen Handelsbeziehungen in ein für alle Beteiligten gerechtes Gleichgewicht bringen kann.

So weit gehen Piketty & Sandel jedoch noch nicht. In ihrem Schlusskapitel über die „*Zukunft der Linken*“ (139) erinnern sie nochmals daran, dass Mitte-Links-Regierungen in den USA und Europa die extreme neoliberale Globalisierung mitgetragen und dass sie den damit verbundenen Verlust vieler Arbeitsplätze billigend in Kauf genommen haben. Und während sie einerseits große Teile der Arbeit prekarisiert haben (in Deutschland mit der Agenda 2010), haben sie andererseits den „*mangelnden Wirtschaftspatriotismus*“ des vor dem Fiskus in Steueroasen flüchtenden Kapitals gewähren lassen. Vor allem in der „*Vernichtung von Arbeitsplätzen*“ sehen Piketty & Sandel den entscheidenden Nährboden für existenzielle Verunsicherungen und für die Ausbreitung des Rechtsextremismus – mehr als in der Migration. Es war aus ihrer Sicht „*falsch, Patriotismus den Rechtsparteien zu überlassen*“ und es ihnen zu erlauben, „*einige der machtvollsten politischen Gefühle wie Patriotismus, Gemeinschaft und Zugehörigkeit*

zu monopolisieren. ... *Tatsächlich hat die nationalistische Seite durchaus ihre Argumente*". Piketty stellt sogar die irritierende These auf, dass der *„Nationalismus, der die ethnisch-nationale Solidarität hervorhebt ... , nicht einfach unsinnig ... ist“* (139-146).

Es wäre grundfalsch, Würde, Anerkennung und Identität der Menschen in einer ethnisch homogeneren Gemeinschaft zu suchen, denn die fortbestehenden kapitalistischen Grundstrukturen würden auch eine ethnische (Pseudo-)Gemeinschaft paralisieren. Das scheinen Piketty & Sandel irgendwie zu spüren, denn am Ende wollen sie eine *„andere Form von Identität“* (150) und erhoffen eine *„andere Organisation der Globalisierung und des Wirtschaftssystems“*. Darin sehen sie eine *„Herausforderung, der sich die Linke bis heute nicht wirklich gestellt hat“* (144). Dieses „Andere“ ist jedoch nicht allein durch etwas mehr Umverteilung innerhalb fortbestehender kapitalistischer Grundstrukturen zu erreichen. Um in den *„Kämpfen der Zukunft“* wirkliche *„Gleichheit und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert“* herbeizuführen, müsste *„die unfassbare Eigentumskonzentration in den Händen einiger weniger“* (157-158) nicht nur reduziert, sondern vollständig überwunden werden. Das erwähnen Piketty & Sandel aber leider erst ganz am Ende ihres Gesprächs und sie belassen es auch nur bei einer kleinen Andeutung. Tatsächlich bedarf es zusätzlich zu Umverteilungsmaßnahmen eines „anderen“ Geld- und Finanzsystems ohne Akkumulations- und Konzentrationsdynamik, das die Gesellschaft nur noch verbindet und sie nicht mehr länger spalten kann. Damit könnte eine Transformation der Realwirtschaft in die Richtung einer breiten Dezentralisierung des Geld- und Realkapitals in kleinen und mittleren Größenordnungen beginnen. Es bräuchte dazu noch weitere Reformen, welche a) die natürlichen Lebensgrundlagen (Boden, Ressourcen, Atmosphäre) von Handelswaren zu Gemeinschaftsgütern machen und welche b) auch noch die Privilegien in den Bereichen des Haftungs-, Patent-, Marken- und Steuerrechts abbauen. Das Ergebnis von alledem sollte letztlich nicht ein ‚linker‘ Patriotismus sein, sondern eine solidarische Gemeinschaft von menschlichen Individuen, die sich sowohl in politischer als auch in ökonomischer Hinsicht überall auf der Welt als Ebenbürtige auf gleicher Augenhöhe begegnen können, weil ihre Würde und Identität nicht mehr durch strukturelle Ausbeutung und Gewalt verletzt wird.

Werner Onken, Dipl.-Ökonom
E-Mail: werner.onken@posteo.com